

Englische Nahrungsmittelpolitik.

Von
Räthe Behrend.

Am 18. November 1916 schrieb der „Statist“:

„Nach 28 Monaten Krieg erfolgte die Entscheidung der Regierung, einen Lebensmittelbittator zu ernennen. Es ist die Frage, ob das britische Volk sich überhaupt die Zahl, die Ernährungs- und den Ernst der jetzigen Verhältnisse vergegenwärtigt. Im Ministerium haben wir ein Koalitionskabinet, dessen Majorität den oberen Klassen angehört; jetzt aber wird ein sozialistisches Experiment nach dem anderen gemacht.“

An demselben Tage zitierte die „Nation“ eine Rede Kuncimans, der die Verpropantierung Englands „wegen der Abhängigkeit von der Ueberseeversorgung und der finanziellen sowie anderen Verpflichtungen gegenüber den Bundesgenossen“ für ein schwieriges Problem hielt als die deutsche Nahrungsmittelversorgung.

Seitdem ist ein rundes Jahr verfloßen, und nicht bloß in Deutschland fragt man nach den Ergebnissen dieses sozialistischsten aller englischen Experimente. Ob der Lebensmittelbittator findet, daß viel erreicht wurde, ist nicht nachzuweisen; dem Ernst der Lage und der sie bewirkenden Ursachen hat er sich wohl kaum verschließen können.

Noch immer kann man von Versuchen sprechen.

Noch immer sind keine definitiven Maßnahmen von wirklich einschneidender Bedeutung getroffen worden. Und dabei wurde fast von Anfang an mit scharfer Kritik in England nicht gespart.

Schon am 8. Februar 1917 verlangt der „Spektator“ schärfere Vorkehrungen zur Sicherstellung der menschlichen Nahrung. „Wenn Mr. Lloyd George und sein Kriegsamt, die den Ernährungs-Kommissar kontrollieren, mit seiner Nahrungsmittelpolitik einverstanden sind, dann müssen wir mit tiefem Bedauern sagen, daß sie sich nicht dazu eignen, die Nation zu regieren.“

Bald äußerte sich die Presse mit zunehmender Dringlichkeit. Die Unzufriedenheit wuchs. Lord Devonport trat in den Hintergrund; jedoch die Schwierigkeiten bei der Neubesezung des Amtes waren nicht so schnell zu überwinden. Endlich wurde die Ernennung von Lord Rhondda zum Nahrungsmittelbittator bekanntgegeben. Es ging ihm der Ruf voraus, einer der stärksten Gegner der organisierten Arbeiterschaft zu sein. Aber „ein größerer Fehler als die Wahl eines mit einem so ausgesprochenen Gemüths geschworenen Mannes“, so schrieb der „Manchester Guardian“, „scheint die unkluge Beibehaltung der ganzen Diktatur. Nur eine durchgreifende Ueberwachung von der Produktion bis zum Verbrauch kann Hilfe bringen. Dazu bedürfte es eines Ernährungsministeriums, das mit den gleichen Machtbefugnissen ausgestattet ist wie das Munitionsamt.“

Die Wahrheit dieser Worte wird Lord Rhondda, der nach Ansicht der „Morning Post“ nur auf Drängen Lloyd Georges die neue Stellung übernahm, vermutlich bald erkannt haben. Das Ernährungs-Kommissariat wurde und blieb das Ziel rücksichtsloser Angriffe, und zwar nicht allein seitens der Arbeiterschaft. Ueberall zeigten sich Mißstände, wurden Klagen laut. Lord Rhondda versuchte es mit allerlei Zugeständnissen. In seiner Programmrede vom 26. 7. 17 entwidelte er dem Oberhause die Einzelheiten der von ihm beabsichtigten Preispolitik. Die Unternehmensgewinne sollten auf jeder Stufe des wirtschaftlichen Prozesses normiert werden, aber ein angemessener, den Vorkriegszeiten entsprechender Gewinn erlaubt sein. Dadurch, daß er auf Grund eines Regierungserlasses die gesamte oder teilweise Produktion einer Fabrik requirieren, einen auf die Produktionskosten basierten Preis festsetzen und den gebührenden Kriegsgewinn hinzufügen konnte, sollten die Behörden in den Stand gesetzt werden, ihren Bedarf ohne Rücksicht auf Marktschwankungen einzulassen.

Bisher hatte die Regierung bei ähnlichen Veranlassungen ostentativ jede Verantwortung von sich gewiesen und die Dinge dem privaten Unternehmungsgeist und dem Gesetz von Angebot und Nachfrage überlassen. Diesmal wollte und konnte man sich nicht der Gefahr von Zuständen wie die der irischen Hungersnot von 1847 aussetzen, deren man mit Bangen als einer Katastrophe gedachte. Daher hat sich die Regierung mit einer noch nie dagewesenen Machtvollkommenheit ausgerüstet; hat als Rationierungs- und Verteilungsagenten zu Bedingungen, die sie frei bestimmen kann, drei verschiedene Organe zur Verfügung; nämlich nicht nur die Zehntausende von Zweigstellen der 1500 Konsumgenossenschaften, die schon mehr als ein Viertel aller Familien in ihren Büchern haben, und die Tausende von Verkaufsstellen der Nahrungsmittelvertriebs-Aktiengesellschaften, sondern auch die Viertelmillion kleiner Ladenbesitzer, die neben den beiden anderen sich im Wettbewerb zu behaupten suchen.“ So schreibt der „New Statesman“ bereits am 11. 8. 17 und fährt dann warnend fort: „Diese Dinge sind der Öffentlichkeit noch nicht ganz geläufig; aber in Downing Street begreift man, daß, wenn irgendeine Hungersnot kommen, ja, selbst wenn nur der Preis von Nahrungsmitteln wieder anfangen sollte, stark in die Höhe zu gehen, der Ausbruch von Entzweiung und Zorn sich plötzlich und gewaltig vollziehen wird.“ Für eine so gerüstete Regierung kann es keinerlei Entschuldigung geben, falls sie bei der Ernährung irgend eines Teils der Bevölkerung versagt.“ Auch im Unterhause ertönten ähnliche Stimmen. Die Erbitterung über die hohen Preise, die — bereits damals! — 100 v. H. über dem Friedensniveau standen, wuchs in bedrohlicher Weise.

Lord Rhondda verschloß sich der Sachlage nicht. Er stellte feste Preise für den Groß- und Kleinverkauf auf und fixierte sie nach Durchschnittspreispreisen. Er bestimmte die größere Ausnutzung des Weizens für die Bäckerei, die Ueberweisung anderer, bisher als Futtermittel verwendeter Getreide an den Nahrungsmittelvorrat der Bevölkerung, die Beschränkung der Gerste für Brauereizwecke und des Zuckers für Zuckerwarenfabrikation; „aber“, so schreibt die „Daily Mail“ am 1. Oktober 1917, „eine vollkommene Beaufsichtigung aller Nahrungsmittel ist notwendig, und das ist das Ziel, das Lord Rhondda jetzt zu erreichen sucht.“

Um die Verteuerung durch Kettenhandel und Spekulation zu verhindern, wurde das ganze Land in zwölf Kontrollbezirke geteilt. In jedem Distrikt hat ein sachverständiger Finanzmann die Bücher der Händler zu revidieren, während ein vereidigter Bücherrevisor, der im Distrikt ansässig ist und die Lebensgewohnheiten und Handelsgebräuche kennt, die Kontrolle leitet.

Diese Ortskontrollauschüsse geben Grund zu vielfachen Beschwerden. Die „Times“ erzählen, daß z. B. das Komitee in Northampton, das aus drei Kaufleuten, drei Bäckermeistern, einem Schlächter und seiner Frau, einem Maschinisten, einem Straßensreiniger, einem Gemüsehändler und einem Lehrer bestand, die Entrüstung der Bevölkerung erregt habe. Ähnliches ereignete sich mehrfach. In vielen kleineren Orten sind ortsamässige Nahrungsmittelhändler in die Komitees gewählt worden, was natürlich böses Blut macht. Aber das sind Kleinigkeiten im Vergleich zu der unheimlichen Bedrängnis.

Der „Economist“ schreibt am 20. Oktober 1917 ganz offen: „Wir stehen einer ausgesprochenen Knappheit der Nah-

4.
1765
H. XI. 1917

rungsmittelvorräte der Welt gegenüber. Frankreich und Italien sind beide zu gering versorgt, und wir müssen diese Länder mit dem Nötigsten versehen. Wir haben im vergangenen Jahre über eine Million Tonnen Weizen von Australien importiert; aber bei dem gegenwärtigen schlechten Bestande unseres Schiffsmaterials können wir das nicht wiederholen.“ — Die allgemein bekannte Tatsache, daß ungezählte Ladungen von australischem Weizen jetzt vergeblich auf Verschiffung warten und rettungslos dem Verderben durch die Mäuseplage preisgegeben sind, mußte der „Economist“ notgedrungen unerwähnt lassen. — Er fährt dann fort: „Frankreich ist bezüglich seiner Versorgung mit Nahrungsmitteln traurig daran. Dies wundervolle, fruchtbare Land voll fleißiger Bewohner kann in diesem Jahre nicht über 777 Millionen Bushel Getreide produzieren gegen 1250 Millionen 1913, was eine Reduktion um 38 Prozent bedeutet. Frankreich wird sein überschüssiges Vieh abschlachten, weil das Futter knapp ist, und bis zum Frühjahr die strengen Beschränkungen für Fleisch aufheben. Daraus darf nicht geschlossen werden, daß uns hierzulande die strengste Sparsamkeit oder vielmehr die Rationierung weniger not läte als Frankreich. Auch wir hängen, wie Frankreich, zum großen Teil von der überseeischen Zufuhr ab; und da man das Brot künstlich verbilligt hat, besteht die ernsteste Gefahr, daß die Sparsamkeit vergessen werden könnte. . . Wir nähern uns einem Stadium des Krieges, in dem zwangsweise Rationierung von Brot und Fleisch für unser Land notwendig sein wird. Die Zivilbevölkerung muß sich mit dem für die Erhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft unbedingt Notwendigen begnügen.“

Diese Sprache ist deutlich. Aber sie ist nicht erschöpfend. Andere Stellen erwähnen die Butternot, unter der das Land bereits schmerzhaft leidet, die wachsende Knappheit des Sees, ohne den ein Engländer schwer zu denken ist usw. usw. Und trotz alledem kann man sich noch immer nicht zu Zwangsmaßregeln verstehen.

Sir Arthur Yapp, der neue Leiter der Propaganda für Nahrungsmittelersparnis, „dessen Dienste sich zu sichern Lord Rhondda das Glück hatte“, wie die „Times“ am 15. Oktober feststellen, betreibt den Kellamefeldzug für moralische Eroberungen im großen. Er will einen Verband gründen, der allmählich auf eine Million Mitglieder anwachsen und das Land durch Theater- und Filmvorführungen, durch Besuche und öffentliche Reden von der Notwendigkeit einzuschränkenden Essens überzeugen soll. So versucht man es mit dem Palliativmittel sanfter Ueberredung, ruft die Ehre der Nation an, wendet sich an Kirche und Schule, an Arbeiter- und Frauenorganisationen, verspricht, droht, bittet — aber mit Ausnahme des seit Wochen rationierten Zuckers überläßt man weiter alle Lebensmittel dem freien Verbrauch.

Daß die Zwangsrationierung unterbleibt, weil sie, nach Yapps schönen Worten, wohl für Deutsche passen mag, aber für das englische Volk nicht geeignet ist, glaubt ihm dieses Volk selbst nicht mehr. Allmählich bricht sich die Ueberzeugung Bahn, daß die Rationierung so lange wie möglich hinausgeschoben wird, weil sie mit der Panzerotterklärung ziemlich gleichbedeutend wäre.